

This *newsletter* is also available in English
 Cette *newsletter* est également disponible en français

Mehr Rechte für Roma in der erweiterten EU?

Im Januar 2007 treten Bulgarien und Rumänien der Europäischen Union bei. Die EU zählt damit auch an die 3 Millionen neue Roma-BürgerInnen, ca. 2/3 davon in Rumänien.

Insgesamt wächst die europäische Roma-Bevölkerung dann auf geschätzte 10-12 Millionen an und avanciert damit zur stärksten ethnischen Gruppe innerhalb der EU.

Jahr für Jahr belegt der EU-Bericht über soziale Eingliederung und Sozialschutz, dass die Roma die in Europa am meisten benachteiligte und sozial ausgegrenzte Gruppe stellen: Sie haben mit einer höheren Arbeitslosigkeit, schlechteren Lebensbedingungen, einer schlechteren Gesundheitsversorgung und einem niedrigeren Bildungsstand zu kämpfen.

Es gilt, Jahrhunderte der Ausgrenzung und Diskriminierung der Roma umzukehren. Jeder einzelne Mitgliedstaat ist gefordert, und gleichzeitig ist eine europäische Antwort vonnöten. Die Offene Methode der Koordinierung ist geeignet, die Regierungen bei der Ortung und Ausarbeitung bewährter Politikmaßnahmen und Verfahrensweisen zu unterstützen.

Im Zuge eines Runden Tisches im November zu der Frage, wie die Strukturfonds der EU wirksamer für die Unterstützung der Roma eingesetzt werden können, wies Kommissionsmitglied Vladimir Spidla darauf hin, dass die Roma einen Anspruch darauf haben, die gleichen Chancen zu nutzen, wie sie im 21. Jahrhundert allen europäischen BürgerInnen offen stehen - nicht zuletzt auch im Sinne der Lissabon-Ziele der EU. Zwischen 2000 und 2006 investierte die EU knapp 275 Mio. € in Roma-Projekte. Anfang 2006 richtete die Kommission eine hochrangige Gruppe zur Arbeitsmarktintegration ethnischer Minderheiten ein.

Übersehen

Es ist ein Faktum: Die Probleme der Roma wurden in der Vergangenheit weitgehend vernachlässigt - oder schlimmer, von den PolitikmacherInnen absichtlich übersehen, aus Angst, mit Roma-freundlichen Maßnahmen in der Öffentlichkeit auf Ablehnung zu stoßen.

Der Kommissionsbericht Soziale Eingliederung in Europa 2006, der eine Bewertung der Nationalen Aktionspläne der Mitgliedstaaten für soziale Eingliederung (NAP/Eingliederung) sowie deren Umsetzung vornimmt, macht folgende Feststellung: "Roma scheinen in den meisten Umsetzungsberichten nach wie vor nicht auf, und dies sogar in Ländern mit einer erheblichen Roma-Bevölkerung." Spanien, Griechenland und Portugal haben in diesem Bereich mehr aufzuweisen als manch andere. So wurde beispielsweise in Spanien ein Roma-Rat eingerichtet, während Griechenland und Portugal spezielle Zielvorgaben festgeschrieben haben. Die Berichte aus Großbritannien

Mehr Rechte für Roma in der erweiterten EU?	1
Übersehen	1
Einen Schritt weiter	2
Ein paar Grundsätze für bewährte Praktiken	2
Ein mutiger Zug für Roma-Frauen	3
Roma-Eingliederung - eine Erfolgsgeschichte	4
Schuldentilgung - der holländische Weg zum Neustart	5





und Irland wiederum weisen Maßnahmen für Reisende und ZigeunerInnen aus.

Unter den neuen Mitgliedstaaten kann Ungarn mit einem umfassenden Maßnahmenpaket aufwarten, das neben aktiven Arbeitsmarktprogrammen und Maßnahmen für Ausbildung und lebensbegleitendes Lernen auch Aktionen auf den Gebieten Gesundheitsversorgung, Wohnungswesen und Bildung umspannt. Im NAP/Eingliederung 2004-2006 der Tschechischen Republik sind drei Beispiele von bewährten Praktiken für die Integration von Roma beschrieben; 2005 verabschiedete die Regierung ein neues "Politikkonzept für Roma-Integration". Auch in den beiden neu hinzukommenden Mitgliedstaaten gibt es

Vorschläge für spezielle Förderaktionen für die soziale Eingliederung der Roma.

Leider - und trotz der europaweit geltenden Gesetze zum Diskriminierungsschutz - halten die Verletzungen ihrer Menschenrechte an. Das Europäische Zentrum für die Rechte der Roma berichtet von einer Zuspitzung bei Zwangsräumungen in einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten; Roma-Familien werden in isolierte Substandard-Unterkünfte abgedrängt, ohne grundlegende soziale und wirtschaftliche Ansprüche. 2007 ist das Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle - höchste Zeit für echte Fortschritte beim Abbau von Diskriminierungen.

Einen Schritt weiter

Einige Regierungen erarbeiten spezifische Initiativen für die Zukunft. Irland beispielsweise hat ein neues bis 2008 laufendes Wohnprogramm für Reisende ins Leben gerufen, das mit einer Bildungsstrategie für Reisende einhergeht. Das Land setzte bestimmte Ziele fest und lieferte systematische Fortschrittsberichte. So konnte zwar die Zahl der an nicht genehmigten Standorten lebenden Nicht-Sesshaften verringert werden, die Erziehungsziele für die betroffenen Kinder erwiesen sich hingegen als schwieriger.

Der Bericht über soziale Eingliederung 2006 gelangt zu dem Schluss, dass die Gesamtsituation sich trotz einiger allgemeiner Fortschritte im Kampf gegen die Ausgrenzung ethnischer Minderheiten kaum verbessert hat. Nur wenige Länder weisen spezifische Vorgaben aus, was die Ergebnismessung erschwert. In dem Bericht heißt es weiter: "Die Analyse muss weiter greifen. Eine Unterscheidung sowohl zwischen als auch innerhalb der Gruppen ist notwendig". "Es ist stärkeres Augenmaß auf die Roma-Bevölkerung zu legen."

Ein paar Grundsätze für bewährte Praktiken

Im Rahmen des Peer-Review-Prozesses wurden bereits mehrere Grundsätze identifiziert, die für bewährte Verfahrensweisen von zentraler Bedeutung sind. Der erste betrifft die aktive Einbindung der Roma-Bevölkerung selbst sowie der in ihrem Auftrag tätigen regierungsunabhängigen Organisationen. Bei den von der Stiftung TschechInnen in Not abgewickelten Sozialarbeitsprogrammen zum Beispiel ist ein Drittel der SozialarbeiterInnen Roma. In der Slowakei konnte ein von der unabhängigen gemeinnützigen Organisation ETP (Zentrum für nachhaltige Entwicklung) initiiertes

Programm zur Errichtung von 20 Unterkünften und Renovierung von 50 weiteren für einkommensschwache Familien in Nálepkovo (Wagendrüssel) zu einem Haltungswandel unter den Roma beitragen. Hoffnungslosigkeit und Misstrauen haben abgenommen. Lokale Roma-Verbände waren an der Auswahl der MieterInnen beteiligt - dies bewirkte einen erheblichen Motivationsschub und deutliche Begeisterung.

Zweitens: Es ist ein durchgängiges Partnerschaftskonzept erforderlich, das die verschiedenen Dienste im Hinblick auf die



Problemlösung in den vier Hauptbereichen zusammenführt: Unterkunft, Gesundheit, Arbeitslosigkeit und Bildung.

Drittens: Die Programme müssen die Sozialkompetenzen der Menschen fördern, sie über ihre Rechte aufklären und dabei unterstützen, selbst Schritte zu setzen, um Zugang zu benötigten Diensten und Hilfsleistungen zu erlangen und so ihre Schwierigkeiten in den Griff zu bekommen. Roma haben häufig keine Kenntnis von den ihnen offen stehenden Möglichkeiten. Hinzu kommt ein unzulängliches Angebot an auf ihre speziellen

Bedürfnisse angepassten Leistungen. Beides zusammen mündet mitunter in einen Teufelskreis der Ausgrenzung. Andererseits unterliegen nicht alle Roma den selben Problemen, noch haben alle die selbe Betreuungserwartung. Die Unterstützung muss sich deshalb an individuelle Situationen anpassen.

Schließlich und endlich muss die Kontinuität der Maßnahmen gewährleistet sein. Das bedeutet eine gesicherte Mittelausstattung, um Initiativen nachhaltig einsetzen und umfassend bewerten zu können.

Ein mutiger Zug für Roma-Frauen

"Roma-Frauen leiden unter Sexismus und Gewalt und stehen unter dem Druck, möglichst früh zu heiraten. Sie sind daher noch stärker benachteiligt: als Frauen und als Angehörige einer Minderheit", erklärt Slavka Macakova vom slowakischen ETP. "So liegt mitunter gar eine dreifache Benachteiligung vor: dann nämlich, wenn sie in Marginalgebieten wohnen oder innerhalb der eigenen Gemeinschaft und Familie zu Opfern werden."

In der Slowakei leben schätzungsweise 320.000 Roma. Die Hälfte davon wohnt in Städten, vermischt mit der Restbevölkerung, die andere Hälfte in 787 Siedlungen - davon 619 örtlich abgesonderten Marginalsiedlungen mit wenig Infrastruktur, hauptsächlich im Zentrum und Osten des Landes.

Das ETP setzt sich seit 1998 aktiv für die Unterstützung von Roma ein. In Zusammenarbeit mit Lokalbehörden und Arbeitsämtern wurden in 17 Dörfern und Städten Gemeindezentren geschaffen, die einen freundlichen Rahmen mit Aktivitäten für Menschen jeden Alters bieten; zusätzlich ist eine Betreuung durch persönliche BeraterInnen gegeben. Diese leiten Clubs - von Schach bis Kochen - und halten Kurse zu praktischen Fertigkeiten oder für schulische Anforderungen ab.

"Kulturbedingt sind Roma-Frauen vom öffentlichen und wirtschaftlichen Leben häufig ausgeschlossen", erklärt Slavka Macakova. Das



geringe Bildungsniveau in der Roma-Gemeinschaft und der Status der Frauen innerhalb der Gemeinschaft verschärfen diese gesellschaftliche Isolation.

Das ETP unternimmt deshalb besondere Anstrengungen, um Frauen in die Gemeindezentren einzuladen, wo sie Kontakte schließen, auf einen Kaffee vorbeikommen und die Kinderbetreuungseinrichtung nutzen können. Die Zentren bieten Kurse in Gesundheitsbildung oder Familienplanung an und ermutigen Frauen, in den Clubs aktiv zu werden. Im Kindergarten von Rudžany (Kotterbach) haben Roma-Frauen die Möglichkeit, Klassenassistentinnen zu werden oder mit ihren Kindern an nachmittäglichen Handwerks- oder Erziehungsaktivitäten teilzunehmen.

Aus einigen Koch-, Weberei- und Seidenmalerei-Workshops sind in der Zwischenzeit kleine Unternehmen geworden. Der von Roma-Frauen gegründete Verein Cerchen in Spišské Podhradie (Kirchdrauf)



mutierte beispielsweise zum Sozialbetrieb und verkauft - am Fuße des zum Weltkulturerbe gehörenden Schlosses Spi (Zips) - Seidenmalereien, Handtaschen und Weberinnenhandwerk.

Roma-Eingliederung - eine Erfolgsgeschichte

"Das Leben in einem Verschlag ist das Schlimmste, was es gibt", berichtet Maxi. "Manchmal riss uns der Wind um 3 oder 4 Uhr Nachts das Dach herunter. Wir mussten die Kinder in den Transportern unterbringen und sie mit kaltem Wasser waschen, bevor wir sie zur Schule schicken konnten."

Roma, Sinti, ZigeunerInnen - sie haben viele Namen und gehören zu den ältesten und am längsten ausgegrenzten Minderheiten Europas. Maxi verspürt wenig Sehnsucht nach ihrem alten Leben. Sie kommt aus Avilés, einer spanischen Stadt, die auf dem Gebiet der Roma-Integration - wo Fehlschläge keine Seltenheit sind - mit einer Erfolgsgeschichte aufwarten kann. Seit 1989 wurden die Barackensiedlungen der Roma, die sich meist im Niemandsland rund um die Stadt befanden, nach und nach aufgelöst. Die Roma-Familien wurden in Standardunterknfte umgesiedelt und leben heute mit anderen BürgerInnen von Avilés zusammen. Das Experiment hat augenscheinlich funktioniert. Die meisten Roma sind in ihrer lokalen Nachbarschaft gut integriert. Eine Peer Review vom 23./24. Oktober 2006 förderte einige zentrale Erkenntnisse aus dem Avilés-Experiment zu Tage.

- Zu den Erfolgsfaktoren des Projekts in Avilés gehören:
 - uneingeschränkte Beteiligung und Engagement der umgesiedelten Menschen
 - positive Erwartungen der Roma und ihre Bereitschaft, Veränderungen einzugehen
 - eine klare Führungsarbeit, ein breiter politischer Konsens und die Aufteilung der Verantwortlichkeiten

"Unsere Erfahrung zeigt, dass Roma-Frauen und ihre Verwandten in den Gemeindzentren Hilfe zur Selbsthilfe finden können", so Slavka Macakova. "Es kommt vor, dass Roma-Männer dem Beispiel der Frauen folgen und vorbeikommen, um Arbeitsmarkt- und Sozialberatung in Anspruch zu nehmen."



- sorgfältige Evaluierung in allen Projektetappen und bei Bedarf Bereitschaft zum Kurswechsel bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Dynamik - insbesondere durch die Abkehr von einem Konzept, das die Übersiedlung der Roma in provisorische, isolierte Unterkünfte vorsah, zugunsten eines Programms, das auf ihre vollständige Integration in die Gemeinde abgestellt war
- vollständige Einbindung der verschiedenen Verwaltungsebenen (lokal, regional, national) und Ministerien (Wohnungswesen, Bildung, Gesundheit, Beschäftigung)
- Aktivierung, Partnerschaft und vernetztes Arbeiten, wobei regierungsunabhängige Organisationen - allen voran Roma-NGOs - eine wesentliche Rolle spielen
- keine Kurzeit-, sondern Dauerlösungen mit dem Ziel, eine nachhaltige Eingliederung zu fördern
- Einbettung der Wohnungsmanahmen in globale Aktionspläne, die nicht nur die Bedürfnisse der Roma umfassend berücksichtigen, sondern auch zu Verbesserungen für alle BürgerInnen - ob Roma oder nicht - führen.
- Es herrschte allgemeine Einigkeit über die vier Grundpfeiler für die Eingliederung von



- Roma: Wohnungen, Beschäftigung, Bildung und Gesundheitsversorgung.
- Angesichts der in vielen EU-Ländern zunehmenden Übertragung von Befugnissen auf dezentrale Ebenen ist das Verhältnis zwischen Zentral- und Lokalregierung für die Eingliederung der Roma von größter Wichtigkeit. Regierungsstellen können Gesamtstrategien entwickeln, für die durchgängige Umsetzung sorgen, Daten erfassen und Informationen verbreiten. Mitunter ist es erforderlich, dass die Zentralregierung lokale Maßnahmen überwacht oder gar anfechtet, wenn sie dem Gesetz zuwiderlaufen. Eine breite Unterstützung für lokale Initiativen ist wesentlich - wofür Avilés ein hervorragendes Beispiel liefert. Die Aktion zugunsten der Roma kommt der gesamten Kommune zugute.
 - Die Übertragbarkeit des Experiments aus Avilés hängt von den länderspezifischen Unterschieden ab, was die Lebensverhältnisse der Roma angeht. In einigen Staaten sind Roma besser integriert und akzeptiert. Es wurde festgehalten, dass der solide politische Konsens in Avilés einen bedeutenden Erfolgsfaktor bildete.
 - Der notwendige Ausgleich zwischen Mainstreaming und zielgruppenspezifischer Politikorientierung wurde allgemein anerkannt, obzwar es beträchtliche länderspezifische Auffassungsunterschiede darüber gab, wie ein guter Ausgleich aussehen soll. Ferner wurde angeregt, dass die irische Praxis der Sozialverträglichkeitsprüfung für alle gesamtstaatlichen Politikmaßnahmen in Verbindung mit der Roma-Eingliederung erfolgreich angewendet werden könnte.
 - Die Finanzierung ist ein wichtiger Faktor in allen Programmen zur Eingliederung von Roma. Die EU ist eine der wichtigsten GeldgeberInnen in diesem Bereich. Über 100 Mio. € wurden aus dem PHARE-Programm zugunsten der Roma-Eingliederung aufgewendet. Die Strukturfonds der EU sind eine weitere Unterstützungsquelle. Die TeilnehmerInnen aus den meisten Peer-Review-Ländern schlugen vor, dass der Europäische Sozialfonds in der Periode 2007-2013 für Zielgruppenprogramme herangezogen werden könnte. Von Seiten der Kommission wurde darauf hingewiesen, dass im EU PROGRESS-Schwerpunktprogramm 2007 eine engere Verknüpfung von sozialer Eingliederung mit Fragen des Diskriminierungsabbaus, der Integration auf dem Arbeitsmarkt und geschlechtsspezifischen Problemfeldern herstellen wird. Neue Ausschreibungen könnten die nötigen Rahmenbedingungen für die Vorbereitung weiterer Projekte zur Eingliederung von Roma schaffen.

Schuldentilgung - der holländische Weg zum Neustart

Das holländische Modell der freiwilligen und gesetzlich geregelten Entschuldung ist in der EU mehr oder weniger einzigartig, insofern als Betroffene nach einem dreijährigen Verfahren die völlige Rehabilitierung erlangen können. Dieses Konzept der "Schuldentilgung" zielt auf die Förderung der sozialen Eingliederung ab und will die vollständige Arbeitsmarktteilnahme fördern, indem überschuldeten Menschen der Neustart in ein schuldenfreies Leben ermöglicht wird. Eine Peer Review in Rotterdam (6./7. November 2006) widmete sich diesem Ansatz im Detail.

Die Kommunalen Kreditbanken spielen in den Niederlanden eine wichtige Rolle in Sachen Schuldenabbau. Es handelt sich um Non-Profit-Einrichtungen im Besitz der Kommunen, denen sie finanziell Rechenschaft ablegen. Sie führen eine Reihe von "Produkten", die in erster Linie auf die Vermeidung von Überschuldungssituationen abzielen und ggf. zu deren Bereinigung beitragen sollen.

Die Schuldensanierung kann freiwillig oder durch gütliche Einigung erfolgen; eine dritte Option ist die eines gesetzlich geregelten



Verfahrens: Diese Funktion kommt dem WSNP (Gesetz über die Schuldenregulierung von natürlichen Personen) zu, das seit 1992 parallel zum niederländischen Insolvenzgesetz existiert. Wie der Name vermuten lässt, stehen WSNP-Verfahren privaten Schuldnerinnen und Schuldnern offen. Diese müssen aktiv einen Arbeitsplatz suchen (außer bei gesundheitsbedingter Unfähigkeit) oder berufstätig sein. Sie müssen ferner bereit sein, die Anforderungen des Verfahrens zu erfüllen. Auch Selbstständige können dieses Verfahren in Anspruch nehmen, nicht jedoch Unternehmen. Unter der Voraussetzung, dass sie sämtlichen Verpflichtungen aus einem Entschuldungsplan nachkommen, werden zum WSNP-Verfahren zugelassene SchuldnerInnen im allgemeinen nach drei Jahren aus dem SchuldnerInnenregister gestrichen - selbst dann, wenn die Schuld nicht zur Gänze abgetragen wurde. Die TeilnehmerInnen der Peer Review hielten die folgenden zentralen Erkenntnisse fest:

- Die Möglichkeit einer 100%-igen Rehabilitation nach drei Jahren im holländischen WSNP-Verfahren - gegenüber fünf, sieben oder noch mehr Jahren in anderen Ländern - beeindruckte die TeilnehmerInnen der Peer Review. Es wäre aber auch denkbar, einen Kompromiss zwischen der Frist bis zur "Schuldenannullierung" und der Höhe des Einkommens, das SchuldnerInnen in der Interventionsphase zugestanden wird, anzustreben.
- Der systematische Ansatz der Kommunalen Kreditbanken wurde positiv vermerkt. In den Niederlanden hat das kommunale Bankenwesen lange Tradition. Im heutigen Kontext ist es jedoch unwahrscheinlich, dass ein derartiges System in anderen Ländern ggf. ins Leben gerufen wird.
- Das ganzheitliche Serviceangebot wurde als weiterer positiver Punkt registriert. Der Ansatz, integrierte Dienste anzubieten, ließe sich mitunter leichter auf andere Länder übertragen als ein Sozialbanksystem.
- Die Verfügbarkeit qualifizierter, befugter TreuhänderInnen, die die SchuldnerInnen

während des ganzen Verfahrens begleiten, ist eine wichtige Qualitätsgarantie des holländischen Modells, da so eine richterliche Kontrolle über den WSNP-Prozess gegeben ist. Dies steigert das Vertrauen der GläubigerInnen in das System.

- Der wirksame Einsatz von Datenbanken im holländischen Verfahren wurde mit großem Interesse aufgegriffen, da es auch ein Mittel zur frühzeitigen Erkennung von ernsthaften Überschuldungsrisiken darstellt. Die öffentliche Zugänglichkeit dieser Datenbanken würde in anderen Ländern hingegen nur schwer Nachahmung finden können - Stichworte Datenschutz und kommerzieller Datenmissbrauch. Datenschutzrechtliche Bedenken wurden auch gegen die "Postblockade" laut - die niederländischen TreuhänderInnen fangen die Post der SchuldnerInnen ab und kontrollieren sie.
- Die Notwendigkeit, SchuldnerInnen aufzuklären und vorzubereiten, was die Schuldensanierung betrifft, wurde betont.
- In allen Ländern ist eine Balance zwischen den GläubigerInnen- und SchuldnerInneninteressen zu wahren, betonten die TeilnehmerInnen der Peer Review. Mitunter ist auch eine strengere Kontrolle des Kreditmarktes sinnvoll, vielleicht auf europäischer Ebene. So könnte verhindert werden, dass KreditgeberInnen Menschen wesentlich in Schuldensituationen drängen, mit denen sie nicht fertig werden können. Es ist möglicherweise von Nutzen, die "gutwilligen" SchuldnerInnen auszumachen und ihnen bei der Schuldentrückzahlung Vorrang einzuräumen.
- In einigen neuen EU-Mitgliedstaaten tritt das Problem der Überschuldung heute immer häufiger auf. Sie haben die Chance, im Vorhinein ein wirksames System aufzubauen und sich dabei auf Erkenntnisse aus anderen EU-Ländern, wo diese Problematik schon seit längerem besteht, zu stützen.
- Aufwendungen der Gesellschaft für Schuldenmanagement sind kostenwirksam. Für jeden Euro, der für Schuldenberatung und -verwaltung ausgegeben wird, werden



an anderer Stelle in der Gesellschaft zwei Euro eingespart. Schuldensanierung kann den Abstieg in Armut und Obdachlosigkeit umkehren und so einen Beitrag zu sozialer Eingliederung leisten.